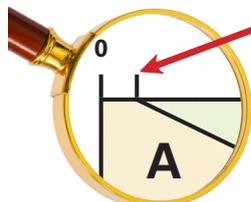


**TIP**

**CEFTA**

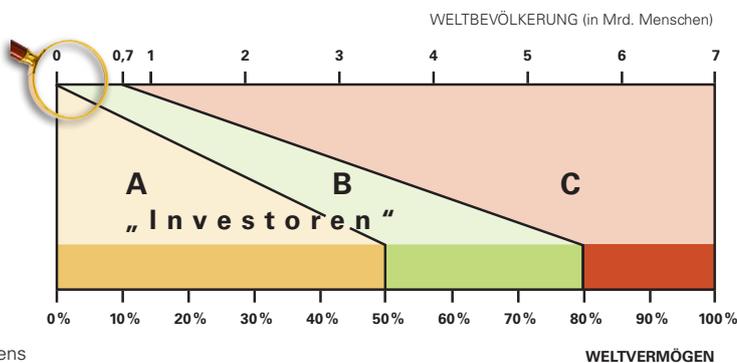
**TISA**

Ca. 100.000-fache  
Vergrößerung

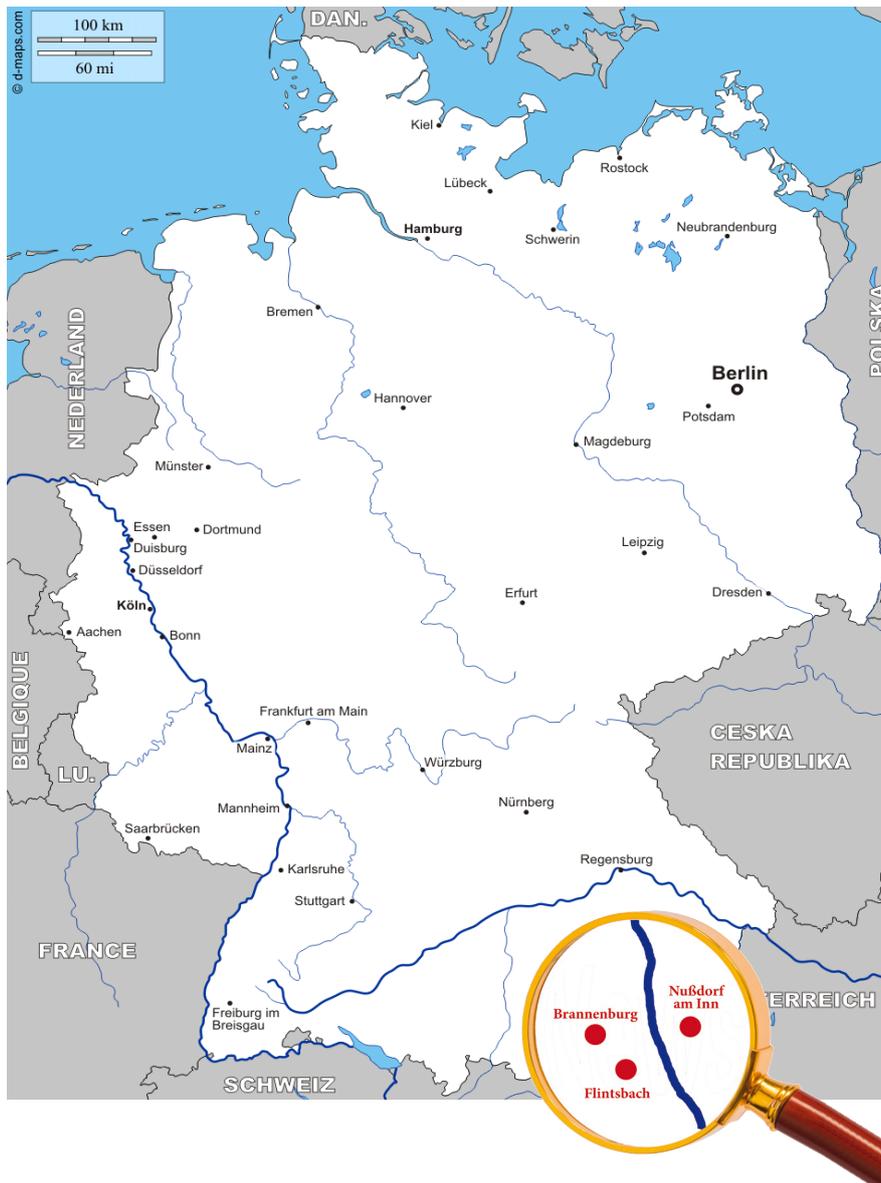


1000 Menschen entsprechen  
0,00001428% der Weltbevölkerung

- A** 0,00001428% der Weltbevölkerung verfügen über ca. 50% des Weltvermögens
- B** 10% der Weltbevölkerung verfügen über weitere 30% des Weltvermögens
- C** 90% der Weltbevölkerung verfügen über immerhin noch 20% des Weltvermögens



**Wozu?**



## Impressum

V. i. S. d. P: SPD-Ortsvereinsvorstand Brannenburg-Flintsbach-Nußdorf  
Klaus Worch

## Vorwort

Ein kleiner, aber hartnäckiger SPD-Ortsverein aus dem südlichen Inntal machte sich im Mai 2014 auf den Weg, um in die große Weltpolitik des sogenannten Freihandels auf beiden Seiten des Atlantiks einzugreifen.

Beim regelmäßigen Stammtisch, immer am ersten Montag des Monats, waren sich die Genossinnen und Genossen, trotz harten Disputs, sehr schnell einig, dass ein **fairer** und **gerechter** Freihandel auf unserer Erde ein wichtiges Ziel der deutschen Sozialdemokratie sein muss.

Nachdem aber die ersten Inhalte von TTIP, CETA und TISA aus dem geheimen Verhandlungskabinett ausgewählter EU-Beamten, US-Amerikaner, Kanadier und deren Lobbyisten in die Öffentlichkeit, sogar bis ins entlegene Inntal, durchgesickert waren, machten sich Empörung und Kampfeslust am Stammtisch breit.

Es war nicht viel politischer Intellekt vonnöten, um zu erkennen, dass es sich bei diesen Abkommen nicht um Freihandel, sondern um zügellosen Investitionsschutz von Weltkonzernen sowie um absolut unkontrollierbare, weltweite Finanzmanipulationen weniger mächtiger Wachstumsfetischisten handelt.

Die Diskussion um Chlorhühnchen spielte nun angesichts der Tragweite dieser „Freihandels-Abkommen“ keine Rolle mehr am Stammtisch.

Apropos Wachstum: Der Reichtum unserer Erde kann nicht unbegrenzt wachsen, viele wertvolle Ressourcen sind begrenzt.

Und zweitens: Bei wem befindet sich der Reichtum unserer Erde? Bestätigt wurde unsere Grafik (Seite 1) im schweizerischen Davos beim internationalen Treffen von „Spitzenökonomen“ und „Spitzenpolitikern“: 1 Prozent der Weltbevölkerung (7 Milliarden) besitzt 90 Prozent des Reichtums unserer Erde!

Das war den Inntaler Genossinnen und Genossen zu viel. Von nun an war die Grafik der unglaublichen weltweiten Vermögensverhältnisse auf den beschlossenen Dokumenten des Ortsvereins das Erkennungslogo geworden.

Übrigens: Es handelt sich hier nicht um Sozialneid, im Inntal lebt man gut. —

Die vorliegende bescheidene Dokumentation des Ortsvereins gibt Auskunft über die bisherigen Aktivitäten. Vorläufiger Stand der Dinge ist: Ein außerordentlicher SPD-Parteitag muss her, um TTIP, TISA und zunächst vor allem CETA zu verhindern.

*Michael Rusp/Wolfgang Panzer/Klaus Worch*

# 1

## Erster Brief des Ortsvereins an den SPD-Bundvorsitzenden Gabriel

vom 5. Juni 2014

Sehr geehrter Genosse Gabriel,  
150 + 1 Jahre suchte die SPD mit dem Kapitalismus den Ausgleich, um diesen zu zähmen und für die Menschen erträglich zu gestalten.

Nun jetzt setzt sich ausgerechnet ein SPD-Vorsitzender und Wirtschaftsminister für das TTIP-Abkommen ein.

Aus den USA sind die grundlegenden Zielsetzungen dieses Abkommens weitgehend bekannt.

Würde das Abkommen – undemokratisch und im Geheimen ausgehandelt – realisiert, werden alle demokratischen und gewerkschaftlich erkämpften Errungenschaften in unserer Gesellschaft zur Disposition stehen.

Die Erfahrung in 151 Jahren der Konfrontation mit kapitalistischen Methoden haben in der SPD-Spitze offenbar keine Spuren hinterlassen.

Wir hissen also nicht mehr die rote Fahne, sondern die weiße.

Die SPD als Gegengewicht zum Kapital verliert gerade endgültig ihre Glaubwürdigkeit und damit ihre Existenzgrundlage.

Als rein karitativer Wohlfahrtsverein, der an der Basis ruhig und brav seiner Arbeit nachgeht, verstehen wir uns nicht.

Mit freundlichen Grüßen

*Michael Rusp/Wolfgang Panzer/Klaus Worch*

# 2

## Antwort des SPD-Bundvorsitzenden Gabriel

vom 8. Juli 2014  
in Form von Textbausteinen

Lieber Michael,  
liebe Genossinnen und Genossen,  
vielen Dank für Dein Schreiben zu den Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen Europäischer Union und den Vereinigten Staaten von Amerika. Auf die von Dir vorgebrachten Bedenken möchte ich im Folgenden näher eingehen.

Das Freihandelsabkommen eröffnet die Chance, dass Europa und die USA weltweit Maßstäbe setzen und wir so wesentlich zur politischen Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung beitragen können. Mit seiner enormen ökonomischen Dimension würde TTIP

die größte Freihandelszone der Welt schaffen, an deren hohen Standards sich alle anderen Wirtschaftsräume der Welt orientieren würden. Schon jetzt beträgt das transatlantische Handelsvolumen 2 Milliarden Euro täglich. Durch die weitgehende Abschaffung von Zollgrenzen und nicht-tarifärer Handelshemmnisse – also unterschiedliche technische Regelwerke, Normen und Zulassungsverfahren – und einfachere Marktzugänge zwischen den USA und Europa soll dieses Potenzial noch weiter ausgeschöpft werden.

Das ist eine große Chance. Als Exportnation wird Deutschland hiervon besonders profitieren. Dies wird nicht nur zur Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern auch zu niedrigeren Preisen und somit höherer Kauf-

kraft für die Menschen in unserem Land und in Europa führen.

Die TTIP-Verhandlungen zwischen EU und den USA sind ein Prozess mit offenem Ausgang. Als SPD haben wir klare Maßstäbe, die ein Freihandelsabkommen mit den USA erfüllen muss. Bei den Verhandlungen mit den USA werden wir dafür Sorge tragen, dass europäische Standards weder abgeschafft noch unterlaufen werden können. Harmonisierung darf nicht bedeuten, dass wir durch das Freihandelsabkommen niedrigere Standards importieren. Das gilt genauso für soziale und arbeitsrechtliche Fragen wie für den Daten-, Verbraucher- und Umweltschutz. Es kann auch nicht sein, dass im Rahmen des Investitionsschutzes Konzerne die Möglichkeit bekommen, Staaten wegen möglicherweise ausbleibender Gewinne zu verklagen. Das ist nicht unser Verständnis von sozialer Marktwirtschaft. Stattdessen wollen wir TTIP zu weltweiten Fortschritten bei den Themen Nachhaltigkeit, Verbraucherschutz und Arbeitnehmerrechte nutzen.

Derzeit befinden sich die Verhandlungen noch in einem frühen Stadium, denn mit belastbaren Ergebnissen ist frühestens Ende 2015 zu rechnen. Nichtsdestotrotz ist mir die frühzeitige Einbindung der Zivilgesellschaft sehr wichtig. Mit der Etablierung des TTIP-Beirates im Bundesministerium für Wirtschaft

und Energie habe ich Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt-, Verbraucherverbände sowie weitere wichtige Vertreter der Zivilgesellschaft direkt in den Prozess eingebunden. Durch die Einbringung ihrer Vorstellungen, Anregungen und Bedenken tragen sie aktiv zur Erarbeitung der deutschen Positionierung bei den Verhandlungen bei. Außerdem hat sich die SPD in den letzten Monaten immer wieder dafür eingesetzt, dass die Verhandlungen auf EU-Ebene transparenter gestaltet werden. Hier hat es seitens der Kommission auch Schritte in die richtige Richtung gegeben, wie beispielsweise die Veröffentlichung von Zwischenberichten und Verhandlungspositionen in Schlüsselbereichen. Sei Dir sicher, dass wir unseren Einsatz für mehr Transparenz auch bei der neuen Kommission fortführen werden.

Klar ist, dass ein Freihandelsabkommen nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Anliegen von Gewerkschaften, Verbänden und der Zivilgesellschaft ernst genommen werden. Um das zu erreichen, brauchen wir transparente Verhandlungen und eine lebendige demokratische Debatte. Dafür haben wir uns im Europawahlkampf eingesetzt. Und dafür werden wir als SPD auch weiterhin Sorge tragen.

Mit freundlichen Grüßen  
*Sigmar Gabriel*



## **Brief des Ortsvereins an die Vorwärts-Chefredakteurin K. Nink**

**vom 5. August 2014  
(bis heute ohne Antwort)**

Sehr geehrte Genossin Nink, unser SPD-Ortsverein hier in Oberbayern steht mit dem Rücken an der „Alpenwand“ gegenüber einer übermächtigen, erzkonservativen CSU. Es ist unser Wunsch an die gesamte Redaktion des Vorwärts, dass ihr den beiliegenden Brief an den Genossen Gabriel im *Vorwärts* veröffentlicht. Wir halten das Thema (Freihandelsabkommen) für überaus wichtig und sind der Meinung, dass eine verstärkte öffentliche

Diskussion in unserer SPD, auch kontroverser Art, stattfinden muss.

Eine Veröffentlichung unseres Briefes im Vorwärts würde unsere Position hier in der aktuellen Situation stärken und vor allem positiv von der CSU abgrenzen, die ja auch scheinheilig gegen Chlorhühnchen argumentiert. Wir hoffen auf eure Unterstützung!

*Klaus Worch*

## Zweiter Brief des Ortsvereins an den SPD-Bundessvorsitzenden Gabriel

vom 6. August 2014

Sehr geehrter Genosse Gabriel,  
vielen Dank für Deine Textbausteine vom 8. Juli 2014 zum Freihandelsabkommen (TTIP) mit Amerika. Es liegt ein Missverständnis vor. Unsere Absicht war es nicht, gegen Chlorhühner, grüne Gentechnik oder Aufweichung von Sozialstandards anzuschreiben, auch wenn wir dies alles bestimmt nicht wollen. So weit zu den sogenannten Standards.

Was wir schon im ersten Schreiben vom 4. Juni 2014 deutlich gemacht haben, veranschaulichen wir nun mit unten stehender Grafik:

Die geballte Lobbymacht des Bereichs A will noch mehr Einfluss auf Bereich B und womöglich auch auf die kümmerlichen Besitzrechte des Bereichs C. – Nebenbei: Von großen Handelshemmnissen kann bei einem täglichen transatlantischen Handelsvolumen

von 2 Milliarden Euro – wie du selbst schreibst – wohl nicht die Rede sein.

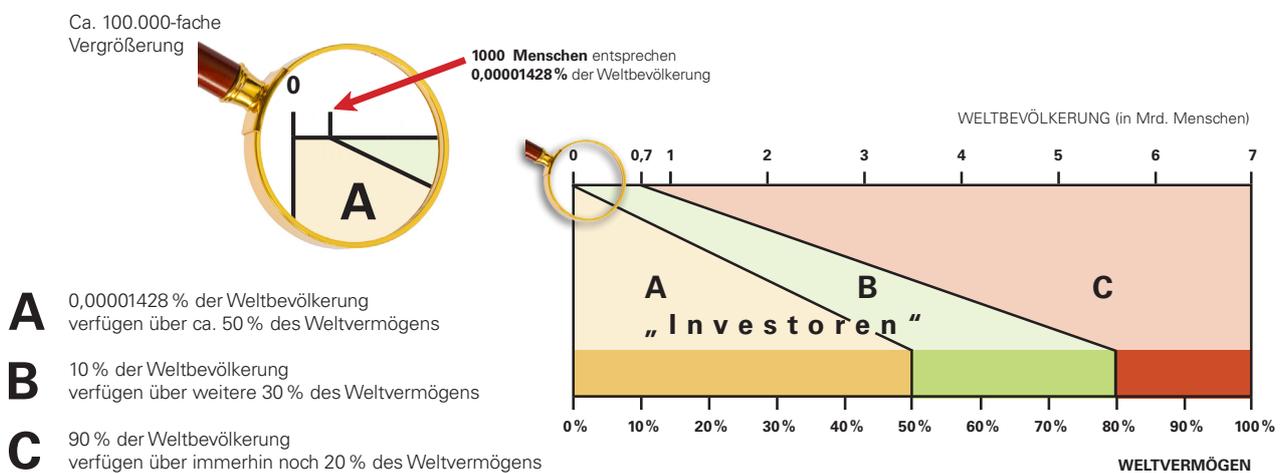
Reicht die dargestellte Ungleichheit noch nicht aus, sich Gedanken zu machen in einer Partei wie unserer 151 Jahre alten SPD, die ja eine gewisse Umverteilung auf ihre Fahnen geschrieben hat, auch oder gerade für den Bereich C?

Wir wollen eine öffentliche Diskussion, um die Glaubwürdigkeit einer Partei zu retten, deren Vorsitzender Du bist und die ja auch in der „Sozialistischen Internationale“ Sitz und Stimme hat.

Wir sind doch nicht die Lobbyisten der Lobbymacht des Bereichs A.

Mit freundlichen Grüßen

*Michael Rusp/Wolfgang Panzer/Klaus Worch*



## Anruf des Büros Gabriel beim OV-Vorsitzenden Rusp

Das Telefonat wurde nicht schriftlich festgehalten. Gabriel-Briefs vom 8. Juli 2014 (siehe Nr. 2) zu unterscheiden.



## Antrag des Ortsvereins an die OV-Vorsitzendenkonferenz des SPD-Kreisverbands Rosenheim

vom 22. September 2014

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wie kommt eigentlich ein EU-Kommissar dazu, die Rechte aller Parlamente in den EU-Mitgliedsstaaten zur Disposition zu stellen? Genau dies geschieht beim TTIP-Abkommen mit den USA und beim CETA-Abkommen mit Kanada. Hier wird eine Paralleljustiz in Form von geheim tagenden Schiedsgerichten geschaffen, die Folgendes zum Ziel hat:

1. Beseitigung aller mühsam erkämpften sozial- und umweltpolitischen Normen in den Mitgliedsstaaten.
2. Real werden vom Steuerzahler virtuell entgangene Profite für A in Form von Strafzahlungen eingefordert.

Und das angesichts der inzwischen allgemeinen Erkenntnis, dass es endloses Wirtschaftswachstum nicht mehr geben kann – mangels Masse. Versprechungen in Richtung Wachstum und dadurch weniger Arbeitslosigkeit sind nur dazu da, die Bevölkerung ruhigzustellen.

Das alles bedeutet: Die geballte Lobbymacht des Bereichs A will schnell noch mehr Einfluss auf die Bereiche B und C, indem die sowieso schon kümmerlichen Möglichkeiten der Selbstbestimmung in unseren parlamentarischen Demokratien mithilfe von TTIP und CETA ausgehebelt werden.

**Ein aktuelles Beispiel:** Ubertaxi, hinter dem Google und Amazon stecken, schert sich schon jetzt nicht um nationales bzw. europäisches Recht.

Weil A in Kanada vollständig vertreten ist, wäre CETA die Hintertüre, durch die A zum Ziel käme. Auf TTIP könnte dann – falls CETA vom EU-Parlament durchgewunken wird – notfalls verzichtet und der Verzicht sogar als Sieg der Demokratie über das Kapital verkauft werden. Dann wäre die Operation aus Sicht des Kapitals vollständig gelungen.  
CETA ist schon ausverhandelt!

Deswegen stellen wir folgenden **Antrag**:

### **Antrag**

Wir fordern von der sozialistischen Fraktion im EU-Parlament, von der SPD-Fraktion im Bundestag und von unseren Mitgliedern in der Bundesregierung, CETA abzulehnen und TTIP nicht weiterzuverhandeln. TTIP kann nur dann weiterverhandelt werden, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Der Verhandlungsprozess muss vollständig transparent gestaltet werden.
2. Die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament müssen ebenso wie die sozialen Organisationen der demokratischen Gesellschaft (einschließlich der Verbraucherorganisationen) durch Anhörungen in den Prozess einbezogen werden, uneingeschränkter Zugang zu allen Verhandlungsdokumenten und -ergebnissen erhalten und regelmäßig über den Stand der Verhandlungen informiert werden.
3. Das Verhandlungsmandat der EU-Kommission muss so formuliert sein, dass ein Abbau von sinnvollen Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz sowie in anderen Bereichen (Handel mit Dienstleistungen, Datenschutz, Urheberrecht usw.) ausgeschlossen ist.
4. Die Standards der internationalen Arbeitsorganisation ILO für Arbeitnehmerrechte und die EU-Anforderungen zur sozialen Verantwortung von Unternehmen müssen als Grundlage aller Regelungen im TTIP-Vertrag anerkannt werden.
5. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss aus dem TTIP-Verhandlungsprozess ausgeklammert werden.
6. Die Staaten der Europäischen Union und die USA sind noch Rechtsstaaten, deshalb gehört die Klärung

von Rechtsstreitigkeiten zwischen Konzernen und Staaten vor ordentliche Gerichte.

Der beste Investitionsschutz beruht auf der Rechtsstaatlichkeit in Europa und den USA. Die Überlegungen, Regressforderungen von Konzernen gegenüber Staaten vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten abschließend entscheiden zu lassen, werden abgelehnt.

7. Ein Vertrag über die Abtretung der Kompetenzen von ordentlichen Gerichten an private Schiedsgerichte wird entschieden abgelehnt.

Nur unter diesen Voraussetzungen sind die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen fortzuführen.

*Michael Rusp/Wolfgang Panzer/Klaus Worch*



## Resolution mit Beschluss des Kreisverbands Rosenheim Land vom 22. September 2014

**SPD Kreisverband Rosenheim Land**



*Freihandelsabkommen CETA / TTIP*

**RESOLUTION**

---

Der Kreisverband Rosenheim-Land fordert von der sozialistischen Fraktion im EU-Parlament, von der SPD-Fraktion im Bundestag und von unseren Mitgliedern in der Bundesregierung, die Verhandlungen zu CETA und TTIP nur weiter zu führen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Der Verhandlungsprozess muss vollständig transparent gestaltet werden.
2. Die öffentliche Daseinsvorsorge (insb. Wasser- und Energieversorgung, Gesundheit, Bildung) muss aus den Verhandlungen ausgeklammert werden.
3. Die nationalen Parlamente und das europäische Parlament müssen ebenso wie die sozialen Organisationen der demokratischen Gesellschaft (einschließlich der Verbraucherorganisationen) durch Anhörungen in den Prozess einbezogen werden, uneingeschränkter Zugang zu allen Verhandlungsdokumenten und -ergebnissen erhalten und regelmäßig über den Stand der Verhandlungen informiert werden.
4. Das Verhandlungsmandat der EU-Kommission muss so formuliert sein, dass ein Abbau von sinnvollen Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz sowie in anderen Bereichen (Handel mit Dienstleistungen, Datenschutz, Urheberrecht usw.) ausgeschlossen ist.
5. Die Standards der internationalen Arbeitsorganisation ILO für Arbeitnehmerrechte und die EU-Anforderungen zur sozialen Verantwortung von Unternehmen müssen als Grundlage aller Regelungen in den Freihandelsabkommen anerkannt werden.
6. Die Staaten der Europäischen Union und die USA sind **noch** Rechtsstaaten, deshalb gehört die Klärung von Rechtsstreitigkeiten zwischen Konzernen und Staaten vor ordentliche Gerichte. Der beste Investitionsschutz beruht auf der Rechtsstaatlichkeit in Europa und den USA. Die Überlegungen, Regressforderungen von Konzernen gegenüber Staaten vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten abschließend entscheiden zu lassen, werden abgelehnt.
7. Ein Vertrag über die Abtretung der Kompetenzen von ordentlichen Gerichten an private Schiedsgerichte wird entschieden abgelehnt.

Den Abkommen müssen das Europäische Parlament sowie in Deutschland der Bundestag und der Bundesrat zustimmen.

Sollten die genannten Bedingungen nicht erfüllt sein, **erwarten wir von allen SPD-Mandatsträgern in diesen Organen ein ablehnendes Votum.** Von den SPD-Ministern in der Bundesregierung erwarten wir, insoweit **keinerlei Zugeständnisse an den Koalitionspartner** zu machen. **Gegebenenfalls ist die Große Koalition wegen dieser Frage zu beenden.**

(Beschluss des Kreisverbands vom 22.09.2014)

---

**SPD Kreisverband Rosenheim Land**  
Vorsitzende: Alexandra Burgmaier  
Stellvertretende Vorsitzende: Walter Kindermann, Dagmar Levin-Feltz, Alexander Molitor  
Schriftführer: Alexander Herkner  
Kassier und Öffentlichkeitsarbeit: Franz Krutzenbichler

e-mail: [vorsitzende@spd-ro-land.de](mailto:vorsitzende@spd-ro-land.de)      [www.spd-ro-land.de](http://www.spd-ro-land.de)



## Gründungsversammlung für den Arbeitskreis TTIP

Bei der Gründungsversammlung für den Arbeitskreis TTIP beim Bezirk Oberbayern wurden der Antrag an die OV-Vorsitzendenversammlung Rosenheim und dessen Resolution vorgelegt.



## Vorlage des Ortsvereins zur 2. Sitzung des Arbeitskreises TTIP beim Bezirk Oberbayern

vom 9. Januar 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wie kommt eigentlich ein EU-Kommissar dazu, die Rechte aller Parlamente in den EU-Mitgliedsstaaten zur Disposition zu stellen?

### Der Ablauf:

Die Idee zu den Freihandelsverträgen stammt aus dem **Europäischen Rat**, d. h. der Versammlung der Staats- und Regierungschefs – für Deutschland also Schröder, Merkel und nochmals Merkel. Von wem wurden und werden diese Staats- und Regierungschefs „beraten“? – Von den „Ackermännern“ und heute von den „Draghis“ und „Asmussens“.

Der **Rat der Europäischen Union** – in Wirtschaftsfragen wird Deutschland dort von seinem Wirtschaftsminister vertreten, also zuletzt von Brüderle, Rösler und jetzt von Gabriel – konkretisiert die Vorstellungen der Chefs, arbeitet ein **Verhandlungsmandat** (19. Juni 2013) aus und leitet es an die **Europäische Kommission** weiter. Der zuständige Kommissar führt den Auftrag des Rates der Europäischen Union aus. Bezeichnend ist: **Das Mandat war bis vor Kurzem geheim.**

Das **Europäische Parlament** kann zu dem fertig ausverhandelten Vertrag nur noch Ja oder Nein sagen. Gabriel verkündet für Deutschland jetzt schon überall lauthals ein Ja!

### Was erwartet uns bei einer Ratifizierung der Freihandelsabkommen?

CETA und TTIP sind nur noch in Spuren Handelsabkommen. Denn der Handel ist ohnehin schon lange „frei“ – dafür haben das GATT-Abkommen, die Welt handelsorganisation WTO und unzählige zweiseitige Zoll- und Handelsabkommen bereits gesorgt. Das lässt sich am derzeitigen transatlantischen Handelsvolumen ablesen: Es beträgt über 2 Milliarden Euro – pro Tag!

Worum geht es bei CETA und TTIP also?

Sie sind vor allem **Investitionsschutzabkommen** mit eigener Schiedsgerichtsbarkeit, die über unserem Rechtssystem stehen wird.

■ Sie sind außerdem **Abkommen über freien und unbehinderten Kapitalverkehr** (siehe Mandat der Europäischen Union Pkt. 23 g und 39 – **vgl. dagegen 5. SPD-Parteikonvent vom 20. September 2014, Pkt. 10!!**).

■ Ebenso sind sie Abkommen über **geistiges Eigentum** (Mandat der Europäischen Union Pkt. 28 und 39).

■ „Ehrgeiziges“ Ziel ist es, über WTO-Ziele hinauszugehen (Pkt. 3).

■ TTIP wird **auf allen staatlichen Ebenen bindend** sein (Pkt. 4, 23 und 27).

■ Unsere Volksvertreter haben vielleicht noch beim Fischereirecht in heimatlichen Bächen mitzureden – aber nicht mehr auf hoher See (Pkt. 32).

■ Die **Gesundheitspolitik** wird endgültig und völkerrechtlich verbindlich zur Sache von „Investoren“ gemacht (wobei der Einfluss der Pharmedialobby schon jetzt, vorsichtig ausgedrückt, nicht gering ist).

Und so weiter! – Die Lektüre des EU-Rats-Mandats gleicht einer Geisterbahnfahrt. Symptomatisch ist: Das Wort „Investor“ bzw. Ableitungen davon kommen darin mehr als 40-mal vor – auf 18 Seiten.

**Die voraussichtlichen Wirkungen der Freihandelsabkommen lassen sich gut abschätzen – denn das „Modell“ für CETA und TTIP ist bereits seit gut 20 Jahren in Kraft.**

NAFTA (das „Nordamerikanische Freihandelsabkommen“ zwischen den USA, Mexiko und Kanada) wurde im Dezember 1993 unterzeichnet. Gut zwei Jahrzehnte NAFTA hatten die folgenden Wirkungen:

- bis zu 5 Millionen mehr Arbeitslose
- Vernichtung einer funktionierenden Landwirtschaft in Mexiko – Gewinner sind die Agrarkonzerne

■ in den NAFTA-Ländern sind Schiedsgerichtsverfahren – Investor gegen Staat – mit einem Streitwert von insgesamt mehr als 14 Milliarden US-Dollar anhängig (Public-Citizen-Studie von 2014)

■ sinkende Löhne, in der Folge sinkende Lohnsteuereinnahmen und damit auch sinkende Sozialleistungen

■ Konzerneinnahmen verschwinden dagegen in „Briefkästen“ ...

**Und unsere SPD?**

Ist von 152 Jahren Erfahrung mit den Methoden des Kapitals nichts mehr vorhanden?

Wenn CETA und TTIP mit unserer Mitwirkung umgesetzt werden, dann sind **eineinhalb Jahrhunderte SPD-Arbeit vollkommen umsonst gewesen!**

Die anderen werden sich ihre Hände in Unschuld waschen – „ja, wenn sogar die SPD die Investoren-Verträge CETA und TTIP gut findet ...“

**Daher: Kein CETA, kein TTIP!**

*Michael Rusp/Wolfgang Panzer/Klaus Worch*



## **Vorlage des Ortsvereins zur 3. Sitzung des Arbeitskreises TTIP beim Bezirk Oberbayern**

**am 30. Januar 2015**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
wenn man über die Grafik (Seite 12) in Ruhe nachdenkt, fragt man sich: Wieso brauchen die 0,00001428 Prozent der Weltbevölkerung, die sowieso schon über 50 Prozent des Weltvermögens verfügen, eigentlich noch CETA und TTIP?

An zu wenig Freihandel kann es wohl nicht liegen – allein das transatlantische Handelsvolumen beträgt schon heute 2 Milliarden Euro pro Tag.

Offenbar stört es die Leute der Gruppe A (siehe Grafik), dass in Europa doch noch ein paar Entscheidungen in eigener Verantwortung gefällt werden, z. B.:

■ die Art des Ackerbaus – ohne Gentechnik,

■ die kommunale Wasserversorgung – ohne Profitabsichten,

■ Stadtwerke als nicht profitorientierte Gemeinschaftsaufgabe.

Im Mandat des Europäischen Rates wird nicht nur der Vorrang der „Investoren“ betont (im Text kommt dieses Wort 41-mal vor), sondern mehrmals auch der **freie Kapitalverkehr als Verhandlungsziel** hervorgehoben (**23 g: „ungehinderter Transfer von Kapital und Zahlungen durch die Investoren“**).

Was wird dann aus den guten Vorsätzen der Finanzminister seit 2008?

Beispielsweise aus der Finanztransaktionssteuer (FTT)?

Über diese FTT wird in Brüssel am 27. Januar 2015 wieder einmal von elf Finanzministern geredet. Die Presse suggeriert Fortschritt, weil Frankreich seine Blockade aufgeben will.

Im Zimmer daneben wird zeitgleich für TTIP der freie Kapitalverkehr perfektioniert.

Wissen die Finanzminister nichts von den Wirtschaftsministern, oder werden wir einfach nur verschaukelt, verhöhnt, ver...??

Das Welt-Bruttosozialprodukt wird mit ca. 50.000 Milliarden (als Zahl: 50.000.000.000.000) Dollar angegeben. Das „freie“ Kapital der Gruppe A (siehe Grafik) soll mindestens so viel betragen.

Und dieses Kapital soll mithilfe von TTIP und CETA ganz von der Leine gelassen werden!

**Natürlich wollen wir einen freien, ausgeglichenen – und gerechten – Welthandel!**

Aber was hat die Ausbeutung der Textilarbeiterinnen in Bangladesch oder die Förderung von Öl in Nigeria zugunsten der dortigen Machthaber und zugunsten von SHELL mit Handel zu tun? –

A (siehe Grafik) wird noch größer und der Anteil von C am Weltvermögen noch kleiner.

Diese Abkommen – TTIP und CETA – als Handelsabkommen zu bezeichnen, ist

### **ETIKETTENSCHWINDEL!**

Es sind **Investitions- und Kapitaltransferabkommen!**

Es ist offensichtlich: Wir brauchen nicht auch noch CETA und TTIP als Sahnehäubchen für A!

**Daher: Kein CETA, kein TTIP!**

*Michael Rusp/Wolfgang Panzer/Klaus Worch*



## **Antrag des Ortsvereins an den Arbeitskreis TTIP beim Bezirk Oberbayern zur Einberufung eines AO-Bundesparteitags zu CETA**

**(Einstimmig beschlossen)**

Der AK ersucht den Bezirksvorstand und die Kontrollkommission der SPD, einen außerordentlichen Parteitag zu den geplanten Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA einzuberufen.

### **Begründung:**

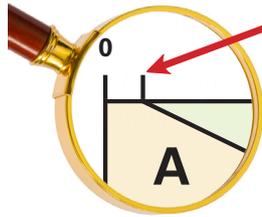
Die o. g. Abkommen greifen tief in die fundamentalen demokratischen Rechte unseres Gemeinwesens ein, die Säulen unserer demokratischen Gesellschaft in

Form der Gewaltenteilung werden untergraben. Die Daseinsinteressen der Menschen und die Erhaltung einer gesunden Umwelt werden viel zu wenig berücksichtigt.

Im Vordergrund stehen fast ausschließlich die finanzwirtschaftlichen Interessen der Großkonzerne und ihrer Lobbyisten.

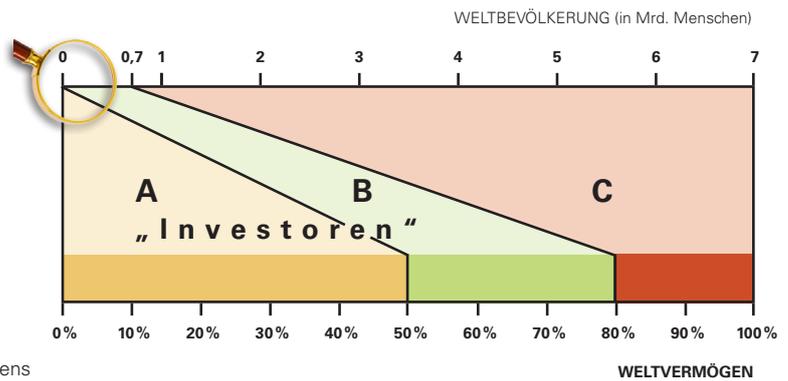
*Michael Rusp/Wolfgang Panzer/Klaus Worch*

Ca. 100.000-fache  
Vergrößerung



1000 Menschen entsprechen  
0,00001428% der Weltbevölkerung

- A** 0,00001428% der Weltbevölkerung verfügen über ca. 50% des Weltvermögens
- B** 10% der Weltbevölkerung verfügen über weitere 30% des Weltvermögens
- C** 90% der Weltbevölkerung verfügen über immerhin noch 20% des Weltvermögens



## Das Gefasel vom Wachstum

### Ein Kommentar

Nehmen wir an, 7 Milliarden Euro Wachstumsgewinn würden auf 7 Milliarden Menschen verteilt — jeder bekäme 1 Euro.

Bei der mehrfach dargestellten Verteilung des globalen Vermögens bekommen jedoch die 1000 Leute der Gruppe A schon 50 Prozent vom Zugewinn, also 3,5 Milliarden — pro Nase ein „**netter Lottogewinn**“ von 3,5 Millionen.

Über die 10 Prozent der Weltbevölkerung, das sind 700 Millionen der Gruppe B (siehe Grafik), werden 30 Prozent des Wachstums ausgeschüttet, das sind 2,1 Milliarden — pro Kopf noch 3 Euro (ein kleines Bier).

Der Rest, 20 Prozent vom Wachstum, also 1,4 Milliarden, wird unter dem Rest der Weltbevölkerung **gerecht** verteilt — dann erhält jede Person der Gruppe C 22 Cent (eine Kinderhand voll Gummibärchen).

Selbst bei unerschöpflichen Ressourcen und 100 Jahren Wirtschaftswachstum würde es dabei bleiben: Die

sehr, sehr wenigen Leute der Gruppe A würden zig-millionenfach mehr von einem Wachstum profitieren als die vielen, vielen Leutchen der Gruppe C, die bei ihren Gummibärchen verharren würden.

Dieser Verteilungszustand hat sich in den letzten Jahrzehnten ohne TTIP, CETA und TISA mit rasant zunehmender Geschwindigkeit entwickelt. Wozu also jetzt noch TTIP, CETA und TISA?

Offensichtlich nicht nur um irgendwelche minimalen Handelshemmnisse zu beseitigen. **Mit großer Wahrscheinlichkeit geht es um die demokratischen Selbstbestimmungsmöglichkeiten, die unsere Staatengemeinschaft noch bietet, und um die letzten finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten unserer Abgeordneten.**

„Regulatorische Kooperation“, „freier Kapitalverkehr“, „Investitionsschutz plus ...“ anstatt demokratischer Mitgestaltung und Mitbestimmung.

HALLO SPDD!